

zeit in einer Runde intensiver öffentlicher Konsultation. Von der Reform erhofft sich der Regierungschef eine stärkere Identifizierung der Studenten mit Macau und seinem kulturellen Erbe, unabhängiges Denken, größeres Allgemeinwissen und bessere Fremdsprachenkenntnisse.

In der Frage- und Antwort-Runde am 17. November ging es bei den Fragen von etwa 20 Mitgliedern der Versammlung in erster Linie um die Anhebung der Lebensqualität. Zu diesem Zweck wird die Regierung ein „Forschungszentrum für umfassende Lebensqualität“ errichten. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 13., 16.11.04; SCMP, 17.11.04; RMRB, 17.11.04; XNA, 4., 16., 17.11.04; der vollständige Text der Regierungserklärung in Chinesisch und Portugiesisch findet sich bei www.gov.mo/policy2005/chinese/policy05_cn.pdf bzw. www.gov.mo/policy2005/portuguese/policy05_pt.pdf, Zugriff am 13.11.04) -ljk-

Taiwan

38 Vanuatu nimmt diplomatische Beziehungen zu Taiwan auf – vorübergehend

Auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz gab Außenminister Chen Tan-sun (Chen Tangshan) am 3. November die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der pazifischen Inselrepublik Vanuatu bekannt. Kurz zuvor war der Ministerpräsident des seit 1980 unabhängigen Kleinstaats (210.000 Einwohner), Serge Vohor, zu einem bis dato geheim gehaltenen Besuch nach Taipei gekommen, hatte sich mit Präsident Chen Shui-bian getroffen und mit Taiwans Außenminister ein entsprechendes Kommuniqué unterzeichnet. Taiwan konnte sich über einen neuen diplomatischen Erfolg und den 27. Verbündeten freuen. Erst ein Jahr zuvor war mit Kiribati ein anderer pazifischer Inselstaat an die Seite Taiwans gewechselt. (Vgl. C.a., 2003/11, Ü 26)

In Port Vila, Vanuatus Hauptstadt, allerdings herrschte Verblüffung: Nie-

mand in der Regierung, auch nicht der Außenminister, war über den Schritt des Regierungschefs informiert gewesen. Man hatte nicht einmal gewusst, dass er sich in Taiwan aufhielt. Auf einer Kabinettsitzung in Abwesenheit Serge Vohors stimmten die Minister eine Woche später einmütig für eine Fortführung der bisherigen Politik, also für eine Beibehaltung der seit 1992 bestehenden diplomatischen Beziehungen zu China; da China von allen Staaten, die es anerkennen, die Beachtung seiner Ein-China-Doktrin verlangt, wären gleichzeitige Beziehungen mit Taipei auf diplomatischer Ebene also ausgeschlossen.

Am 15. November kam für Taipei Entwarnung: Vohor hatte sein Kabinett dazu gebracht, es mit einer Sowohl-als-auch-Politik zu versuchen: offizielle Beziehungen mit China und Taiwan. Sollte China diese *ménage à trois* nicht gefallen und sollte Beijing die Beziehungen daher abbrechen, wäre dies nicht Vanuatus Schuld, erklärte treuherzig ein Regierungssprecher. Nur der Außenminister zeigte sich weiterhin uneinsichtig und sollte daher das Ressort wechseln. Zwei Tage später konnte Taipei in Port Vila die Flagge der „Republik China“ hissen.

Noch einen Tag später, und die Dinge liefen wieder rückwärts. Radio Australia meldete, Serge Vohor und sein Kabinett wollten nun doch zur Beijinger Ein-China-Doktrin zurückkehren. Es folgte eine Reihe sich widersprechender Nachrichten und Äußerungen. Dann drohte die Opposition dem Premierminister mit einem Misstrauensvotum. Die Verwirrungen hielten bis Monatsende an. (Mitte Dezember stürzte das Parlament den Premierminister; die Beziehungen mit Taiwan stehen nunmehr vor dem endgültigen Aus.)

In der Affäre, die für Außenstehende Züge einer Komödie trägt, ging es natürlich wieder um Geld. Vohor hatte unverblümt zugegeben, er hoffe, mit Taiwans Hilfe ein Haushaltsloch im Umfang von 2,8 bis 3,7 Mio. US\$ zu stopfen. Über die Höhe von Taiwans Zusagen schossen sogleich die Spekulationen ins Kraut. Dass Vanuatu 6 Mrd. US\$ versprochen wurden, wie dort ein Regierungssprecher behauptete, ist jedoch kaum anzunehmen; der genannte Betrag scheint eher eine freie

Erfindung zu sein, die im Zuge des Hickhacks in Port Vila lanciert wurde. Eine derart hohe Finanzhilfe ließe sich, wie Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) betonte, auch nicht in dem geheimen Haushaltstitel verstecken, über den das taiwanische Außenministerium für ebensolche Zwecke – die Gewinnung neuer Verbündeter – verfügt. Das Vanuatu-Abenteuer kostete Taiwan jedenfalls kaum mehr als ein paar Flugtickets und Hotelübernachtungen.

Es ist allerdings nicht das erste Mal, dass Taiwan auf Avancen von ausländischen Politikern hereinfällt, die im Alleingang nach Taipei reisen und sich dort als neue Verbündete feiern lassen, ohne daheim über die nötige Rückendeckung zu verfügen. Der letzte derartige Fall geschah im Juli 1999 mit Papua-Neuguinea. Wie damals Jason Hu unter der Kuomintang-Regierung ließ sich dieses Mal Außenminister Chen den Kopf verdrehen. Im Tauziehen mit Beijing um mehr diplomatische Anerkennung scheint noch der kleinste potenzielle Verbündete wichtig genug zu sein, unkontrollierte Risiken einzugehen und sich über Wochen zum Narren halten zu lassen. (CNAT, nach BBC PF, 3.11., 15.11., 17.11., 19.11.04; CNAT, nach BBC EF, 3.11., 6.11., 9.11.04; Radio Australia, Melbourne, nach BBC PF, 4.11., 11.11., 18.11.04; TT, 4.11., 14.11., 16.11., 20.11., 12.12.04; Port Vila Presse, nach BBC EF, 7.11., 22.11.04; ST, 9.11.04; SCMP, 15.11.04; Radio New Zealand International, Wellington, nach BBC PF, 15.11., 16.11., 23.11.04) -hws-

39 Präsident Chen Shui-bian treibt Taiwanisierung voran und verspielt Glaubwürdigkeit

Im Vorfeld der Wahlen zum Legislativ-Yuan, Taiwans Parlament, am 11. Dezember, versuchte Chen Shui-bian, Präsident des Landes und Vorsitzender der Demokratischen Fortschrittspartei DPP, im November mit Vorschlägen und Maßnahmen zur weiteren Taiwanisierung des Landes bei den Wählern zu punkten.

Besonderes Aufsehen erregte Chens Ankündigung auf einer Wahlkampfveranstaltung in der nordtaiwanischen

Hafenstadt Keelung (Jilong), Taiwan wolle seinen alljährlich wiederholten und stets abgelehnten Antrag auf Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen in Zukunft nicht mehr unter dem offiziellen Staatsnamen „Republik China“, sondern als „Taiwan“ einbringen – falls es der DPP gelänge, im neuen Parlament eine Mehrheit der Sitze zu erringen. Präsident Chen wiederholte diese Ankündigung später in Taipeh. (SCMP, 16.11.04; TT, 26.11.04; CNAT, nach BBC PF, 26.11.04)

Schon seit längerem wird der Schulunterricht von der früher einseitigen Ausrichtung auf eine chinesische Identität befreit zugunsten einer deutlich stärkeren Gewichtung taiwanischer Geschichte und Kultur. Im November nun legte das Erziehungsministerium neue Richtlinien für den Schulunterricht vor, nach denen die Revolution von 1911 und die nachfolgende Gründung der Republik China unter ihrem ersten Präsidenten Sun Yatsen als Ereignisse im Ausland zu verstehen und in der Schule nicht als Teil der Geschichte Taiwans zu behandeln seien. Entsprechend soll es zwei Geschichtslehrbücher geben: eins zur taiwanischen, eins zur chinesischen Geschichte. Die Sichtweise stützt sich auf die Tatsache, dass Taiwan von 1896 bis 1945 unter japanischer Herrschaft stand, die Umwälzungen der chinesischen Revolution also nicht miterlebte. Allerdings versteht sich die „Republik China“ von heute bislang als direkte und legitime Erbin der Republik China von damals, mit der sie nicht nur den Geist gemeinsam hat. „Sanmin zhuyi“ – Sun Yatsens „Drei Grundlehren vom Volk“ – lautet der Titel der Nationalhymne, und das Bildnis Sun Yatsens ist im offiziellen Rahmen omnipräsent. „China ist ein anderes Land, wie auch die Mongolei“, erläuterte dagegen Erziehungsminister Tu Cheng-sheng (Du Zheng-sheng).

Unter Beschuss geriet dabei auch die Bezeichnung Sun Yatsens als Vater der Nation (*guofu*). Aufsehen erregte besonders der Präsident des Prüfungsausschusses, Yao Chia-wen (Yao Jiawen), der erklärte, zwar nenne man Sun aus Respekt *guofu*, aber er sei gleichwohl ein Ausländer. In Taiwan solle man auf dieses Attribut für Sun daher besser verzichten. Die Parlamentsfraktion der unabhängigkeitsorientierten Uni-

on für Taiwan-Solidarität (TSU) hatte in einer Pressekonferenz zuvor bestritten, dass Sun Taiwans Gründungsvater sei – aus den oben genannten historischen Gründen. Nachdem es in der Opposition zu einem einhelligen Aufschrei wegen der Äußerungen von Yao Chia-wen und anderen Anhängern der DPP kam, griff Präsident Chen allerdings mäßigend ein, indem er feststellte: „Sun Yatsen ist der Gründungsvater unseres Landes“. (SCMP, 11.11.04; ST, 11.11.04; TT, 13.11., 14.11.04; CNAT, nach BBC PF, 13.11.04)

Die neuen Richtlinien des Erziehungsministeriums enthalten auch die These, wonach die Souveränität über Taiwan nach dem Zweiten Weltkrieg niemals völkerrechtlich verbindlich auf China übertragen worden sei – Churchill, Roosevelt und Chiang Kai-shek hätten mit ihrer Erklärung von Kairo aus dem Jahr 1943 lediglich gegenüber der Presse eine gegebene Absicht erklärt. Demnach wäre die Herrschaft der „Republik China“ über Taiwan ein illegales Kolonialregime gewesen, bis sie durch die Demokratisierung in den 90er Jahren auf eine neue Legitimitätsbasis gestellt worden sei. (TT, 11.11., 15.11., 29.11.04)

Die neuen Thesen erregten bei den chinaorientierten Kreisen Taiwans einigen Zorn. In der Folge kam es zu kleineren Bombenanschlägen im Umfeld des Erziehungsministeriums; sie richteten jedoch keine Schäden an. Die Opposition warf der Regierung vor, es gehe ihr mit der Revision der schulpolitischen Richtlinien nur um Wählerstimmen. Ein Volksvertreter der Oppositionspartei PFP beschuldigte die Regierung, sie initiiere eine „neue Kulturrevolution“. (ST, 12.11.04; TT, 14.11.04)

Die Tendenz zu einer Stärkung des Taiwanbewusstseins lässt sich rund 25 Jahre weit zurückverfolgen; die Entwicklungen vollziehen sich vor allem seit den 90er Jahren mit wachsendem Tempo und unabhängig von Wahlkämpfen. Präsident Chen Shui-bian und seine Partei DPP haben sie in den letzten Jahren aktiv gefördert und reagieren damit teilweise auf noch schärfere Forderungen seitens außerparlamentarischer, taiwanpatriotischer Gruppen, die beispielsweise schon im September 2003 auf einer Großdemonstration verlangten,

den offiziellen Staatsnamen „Republik China“ in „Taiwan“ zu ändern und unter diesem Namen die UNO-Mitgliedschaft zu beantragen. (Vgl. C.a., 2003/9, Ü 32)

Während aber das Taiwanbewusstsein angesichts einer seit 1949 von China getrennt verlaufenden Landesgeschichte und angesichts des erfolgreichen Übergangs zur Demokratie beinahe zwangsläufig erstarkt und sich von einer gesamtchinesischen Identität löst, lenkt Chen Shui-bian das Staatsschiff auf dieser Strömung immer wieder gern in prekär gefährliches Fahrwasser – vor allem in Wahlkampfzeiten. Das war schon so mit seinem unnötigen und rundum schädlichen „Verteidigungsreferendum“, das er im März im Zuge der Präsidentschaftswahl durchziehen ließ. Mit seiner Idee, Taiwan solle vor der UNO als unabhängige Republik Taiwan auftreten und könne damit womöglich einer Mitgliedschaft näher kommen als bisher, werden allerdings die Grenzen zu politischem Abenteuerum überschritten. Alle Beteuerungen, er strebe keine Änderung des Status quo an und auch die neue Verfassung, die er ausarbeiten will, werde daran nichts ändern, würden Makulatur, wenn Chen Shui-bian sein Land auf der internationalen Bühne unter Verletzung der weithin akzeptierten Ein-China-Doktrin Beijings als unabhängigen Staat präsentierte. Damit würde er China einen Kriegsgrund liefern, der den „Falken“ auf dem Festland nur zu gelegen käme.

Sollte Chens Ankündigung aber nur ein Wahlkampfgegner gewesen sein und es bei Worten bleiben, müsste an seiner politischen Weisheit ernsthaft gezweifelt werden. Verstärkt seit Herbst 2003 sendet Chen lauter widersprüchliche chinapolitische Signale aus. Will er wirklich den Dialog mit China, wie er immer wieder betont, so muss er auf festlandchinesische Empfindlichkeiten und Tabus Rücksicht nehmen. Will er aber Taiwan als unabhängige Republik in die Vereinten Nationen führen, kann er nicht erwarten, dass man in Beijing seinen Gesprächsangeboten irgendeine Bedeutung beimisst.

Als gefährlicher noch dürften sich die Irritationen in Washington erweisen. Den Goodwill, mit dem George Bush Taiwan begegnete, scheint

das Land vor allem durch Chen Shui-bians chinapolitische Sprunghaftigkeit schon zunichte gemacht zu haben. Seit Chens Wiederwahl schien sich in Tai bei die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass man seine heimliche Schutzmacht vorab informieren muss, ehe man neue politische Initiativen unternimmt. Nun kommt die nächste Provokation. Präsident Chen Shui-bian verliert dadurch so oder so maßgeblich an Glaubwürdigkeit. -hws-

40 Gericht lehnt Annullierung des Präsidentschaftswahlergebnisses ab

Anfang November fiel ein lang erwartetes Gerichtsurteil: Die Opposition drang mit ihrem Antrag nicht durch, das Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom März 2004 für ungültig erklären zu lassen. Es seien keine hinreichenden Gründe vorgebracht worden, erklärten die Richter. Gleichzeitig wurde nun endlich das Ergebnis der Zweitauszählung publik. Demnach lag der Stimmenvorsprung, der Präsident Chen Shui-bian zum Wahlsieg verhalf, bei 25.563 und war damit noch einmal um 4.000 Stimmen niedriger, als zu nächst angegeben.

Der unterlegene KMT-Kandidat Lien Chan (Lian Zhan) erklärte, das Urteil habe der Gerechtigkeit einen schweren Schlag versetzt, und kündigte an, in die Berufung gehen zu wollen. Sein unterlegener Mitkandidat James Soong (Song Chuyu), Führer der kleineren Oppositionspartei PFP, beschuldigte das Gericht, seine Verantwortung nicht wahrgenommen zu haben.

Das Urteil kam nicht überraschend. Schließlich waren schon kurz nach der Wahl alle Argumente, mit denen die Opposition das Ergebnis ins Gegenteil zu verkehren oder zumindest Neuwahlen zu erreichen versuchte, als schwach – wenn nicht gar als nichtig – zu erkennen gewesen. (Vgl. C.a., 2000/3, S.275-285, speziell ab S.282)

Auch jetzt noch weigern sich die Wahlverlierer, ihre Niederlage anzuerkennen. Wie es scheint, lassen die eigenen Anhänger sie jedoch zunehmend im Stich. Waren vor dem Urteilsspruch noch Krawalle enttäuschter KMT- und PFP-Parteigänger vor dem Gericht befürchtet worden, hielt sich deren Zahl am Ende mit maximal

250 sehr in Grenzen, und die Proteste blieben friedlich.

Die Geschichte der Wahlanfechtung ist mit dem Urteil noch nicht zu Ende: Über einen zweiten bei Gericht anhängigen Antrag der Opposition, nicht nur das Wahlergebnis, sondern gleich die ganze Präsidentschaftswahl für ungültig zu erklären und erneut abstimmen zu lassen, wird erst Ende Dezember entschieden. Man darf jedoch vermuten, dass die KMT auch damit abgewiesen wird und, wie schon beim ergangenen Urteil, die Kosten des Verfahrens tragen muss. (ST, 5.11.04; FT, 5.11.04; TT, 4.11., 5.11.04; CNAT, nach BBC PF, 25.11.04) -hws-

41 Taiwan erwartet 2004 Sechsjahreshoch beim Wirtschaftswachstum

Taiwans Regierung setzte ihre Prognose für das diesjährige Wirtschaftswachstum im November von 5,87% auf 5,93% herauf. Der Wert wäre der höchste seit 1998. Gestützt wird die Wirtschaft sowohl durch den Export als auch durch eine gute Inlandsnachfrage. Das Pro-Kopf-Einkommen soll 2004 nach einer Prognose des Statistik- und Rechnungsamtes fast 14.000 US\$ erreichen und 2005 mit knapp unter 15.000 US\$ den nächsten Rekordwert erzielen.

Allerdings schwächt sich das Wachstum langsam ab. Nach 7,2% in der ersten Jahreshälfte und 5,27% im 3. Quartal wird für das 4. Quartal offiziell nur noch ein Plus von 4,11% erwartet. Auch die 4,6% Wachstum, die das Statistikamt für 2005 prognostiziert, sind freilich noch ein sehr guter Wert. Taiwan zehrt dabei weiterhin von einer glänzenden Auftragslage. Die Auftragseingänge legten im Oktober gegenüber dem Vorjahr noch einmal um gut 25% zu. Auch hierbei sinken die Zuwachsraten jedoch allmählich wieder. (CNAT, nach BBC EF, 1.11., 19.11.04; HT, 24.11.04; WSJ, 19.11., 24.11.04) -hws-